

**AUF DEN PUNKT  
GEBRACHT.**

21. Juli 2020  
14.2020

Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) ist in der Krise: Während Corona gibt es weniger Fahrgäste, dadurch fehlen den Verkehrsbetrieben Einnahmen. Die Bundesregierung plant im Konjunkturpaket zu wenig Geld ein, um das aufzufangen – und gar keines für den notwendigen Ausbau. Doch Bahn und Bus sind zentral für klimafreundlichen Verkehr. Mit mehr Linien, häufigeren Fahrten und bezahlbaren Preisen können alle ihr Ziel erreichen – und das Klima schützen. Gleichzeitig entstehen gute Jobs. Doch aktuell ist sogar die Existenz des ÖPNV in Gefahr. Vom Fahrscheinverkauf darf es aber nicht abhängen, ob es verlässliche öffentliche Verkehrsmittel gibt. Um vor Ansteckung zu schützen, werden noch längere Zeit größere Abstände zwischen Fahrgästen erforderlich sein. Für die Unternehmen »rentiert« sich der Betrieb dann nicht. Das darf nicht zur Einstellung von Linien oder zu weniger Fahrten führen. Denn damit wird der ÖPNV für Nutzer\*innen unattraktiver und sie sind wieder stärker aufs Auto angewiesen.

DIE LINKE fordert die Finanzierung des ÖPNV aus öffentlichen Mitteln.

Das bringt zwei entscheidende Vorteile:

- Abstandsregeln zum Gesundheitsschutz können eingehalten werden und das Angebot wird nicht reduziert. Fahrten werden ausgebaut, damit mehr Platz ist. Gesundheitsschutz darf nicht davon abhängen, ob er kostendeckend ist.
- Fahrpreise können gesenkt oder abgeschafft werden. Das Umsteigen vom Auto wird dadurch leichter: Klimafreundliches Verhalten scheitert nicht mehr an hohen Ticketpreisen.

5 Milliarden Euro fehlen in diesem Jahr an Fahrschein-Einnahmen nach Berechnungen des Verbandes der Verkehrsunternehmen. 2,5 Milliarden Euro hat die Bundesregierung in ihrem 130-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket zugesagt. Das deckt gerade mal die Hälfte der Ausfälle. Um das ÖPNV-Netz zu erweitern, wären zusätzlich 10 Milliarden Euro erforderlich. Selbst um das bestehende Angebot zu erhalten

# Öffentlichen Nahverkehr retten, stärken, ausbauen!

müssen zusätzlich 4 Milliarden Euro investiert werden für Reparaturen und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Gleisen. Dieses Geld wurde in den vergangenen Jahrzehnten ebenso wie in Krankenhäusern und Schulen »gespart«, um Wohlhabenden und Unternehmen niedrige Steuern und höhere Gewinne zu ermöglichen. Das ging auf Kosten der öffentlichen Infrastruktur und der Beschäftigten.

## 14 Stunden, 7 Tage pro Woche

Arbeit im ÖPNV bedeutet inzwischen oft Schichten bis zu 14 Stunden, 7 Tage die Woche, für niedrige Löhne. Arbeitsbedingungen und Bezahlung wurden verschlechtert. Nun haben Verkehrsunternehmen Schwierigkeiten, neue Beschäftigte zu finden, die das mitmachen. Schluss mit dem Irrsinn! Wir alle brauchen einen guten und verlässlichen öffentlichen Verkehr, gute Arbeitsbedingungen und Einkommen, ein intaktes Klima und saubere Luft zum Atmen. Deswegen brauchen wir eine Investitionsoffensive im ÖPNV. Ver.di startet im Herbst Tarifverhandlungen für den Nahverkehr und fordert eine bessere Finanzierung durch den Bund und entsprechende Abgaben von Unternehmen. Denn die meisten Fahrten führen zur Arbeit oder zum Einkaufen. Sie dienen also dem Gewinn von Unternehmen und sind auch durch deren Standortentscheidungen verursacht. Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen gibt es zum Beispiel in Frankreich. Dort werden so mehr als ein Drittel der gesamten Kosten des ÖPNV finanziert.

Mit dem Geld bezahlen wir:

- Den Ausbau der Linien und Takte
  - Die Senkung der Fahrpreise
  - Gute Arbeitsbedingungen und Löhne für die Beschäftigten im ÖPNV
- Mit LINKS: So gelingt der Umstieg auf klimafreundlichen Verkehr mit guter Arbeit:
- Mit Elektro-Bussen können die Linien in Städten sofort ausgebaut werden. Später können sie durch effizientere Straßenbahnen oder Oberleitungsbusse ersetzt werden. Die E-Busse können dann in dünner

besiedelten Gegenden eingesetzt werden und große Teile des Autoverkehrs ersetzen.

■ Der sofortige Ausbau des ÖPNV schafft Arbeitsplätze, die wegen des Strukturwandels, etwa in der Automobilindustrie, wegfallen: Über 100 000 Beschäftigte werden im Schienenfahrzeugbau, Instandhaltung und Schienenbau benötigt. Mit guten Arbeitsbedingungen und Löhnen im ÖPNV schaffen wir weitere sinnvolle Arbeitsplätze für Fahrer\*innen und in der Instandhaltung: 100 000 Beschäftigte müssen in den nächsten 10 Jahren eingestellt werden, um die Linien des ÖPNV aufrecht zu erhalten. 70 000 weitere werden gebraucht, um das Angebot zu verdoppeln.

■ Schüler\*innen, Azubis, Erwerbslose und Rentner\*innen fahren ab sofort kostenfrei mit. Innerhalb von 5 Jahren machen wir den ÖPNV für alle kostenfrei.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

**DIE LINKE** Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
**Mehr Informationen unter:**  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)

**DIE LINKE.**

